

Das Kammer- und Verbandspartnerschaftsprojekt des BGA geht in die nächste Runde

Seit drei Jahren setzt sich der BGA für eine Stärkung des lokalen Kammernetzes in Peru ein. Das Projekt, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird, verfolgt das Ziel einer grundlegenden institutionellen Stärkung privatwirtschaftlicher Strukturen in Peru. Diese gestärkten Institutionen sollen dabei insbesondere auch die unternehmerischen Rahmenbedingungen verbessern und damit die Wettbewerbsfähigkeit in den Projektregionen erhöhen. Ziel des Projektes ist einerseits die Fähigkeiten der Kammern als Interessensvertretung der Unternehmen zu stärken, andererseits die Entwicklung neuer Dienstleistungen sowie die Verbesserung der Organisations- und Prozessstrukturen zu fördern.

Intensive Zusammenarbeit mit PeruCamaras

Der BGA arbeitet intensiv mit PeruCamaras zusammen, einer Dachorganisation, die auf dem Prinzip einer freiwilligen Mitgliedschaft beruht und von der Handelskammer in Lima ins Leben gerufen wurde. Derzeit gehören ihr mehr als 60 Regionalkammern an. Mit Hilfe dieser Organisation wird versucht, den Regionen eine Stimme zu geben in einem Land, das durch eine zentralistische Regierungsführung geprägt ist. Unterstützt wird der BGA hierbei durch eine Expertin für Organisationsentwicklung, Beate Heimberger.

Der BGA leitet damit auch einen entwicklungspolitischen Beitrag für das Land. Darüber hinaus ermöglicht es dem BGA, sein internationales Netzwerk substantiell und nachhaltig auszuweiten. Im August wurde dieses Projekt nun um drei weitere Jahre verlängert. Bei den Projektpartnern handelt es sich um die Dachorganisation PeruCamaras sowie den Regionalkammern in Piura und in Puno. Während die Zusammenarbeit mit der Kammer von Piura im Nordwesten des Landes schon drei Jahre andauert, wurde mit Puno ein neuer Partner in das Projekt aufgenommen. Die Kammer von Puno vertritt dabei die Interessen des andinen Hochlandes im Süden des Landes. Aber auch die Handelskammer von Lima konnte als Unterstützer des Projekts gewonnen werden.

Planungsworkshop in Peru

Vom 23. bis 25. Oktober fand in Lima die Auftaktveranstaltung für die zweite Projektphase statt. Zu diesem Anlass

kamen der Präsident der Kammer von Piura, Ricardo Álvarez Elías, die Präsidentin von Puno, Vilma Enriquez Palma, die Präsidentin von PeruCamaras, Yolanda Torriani del Castillo, sowie der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer von Lima, José Rosas Bernedo, zusammen. In einer feierlichen Zeremonie wurden gemeinsam mit Gregor Wolf, der die fachliche Steuerung des Projekts übernommen hat, die Kooperationsvereinbarungen zwischen dem BGA und den Projektpartnern unterzeichnet.

In den darauffolgenden Workshops wurden mit den Geschäftsführern der Kammern und unter Leitung der Langzeitexpertin Heimberger Arbeitspläne erarbeitet, aber auch Indikatoren zur Messung des Projektfortschritts und Projekterfolgs. Ein wichtiger Bestandteil ist die langfristige Erarbeitung von strategischen sowie operativen Plänen. Regelmäßige Abstimmung zwischen Präsidium, Geschäftsführung und Kammermitarbeitern gewährleistet deren Verabschiedung und Umsetzung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die umfassende Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse der Kammern, um somit institutionelle Stabilität und Legitimität zu garantieren.

- ① Gerne stehen wir für Fragen zu den Details des Projekts zur Verfügung. Selbstverständlich steht auch das neu erarbeitete Netzwerk in ganz Peru für die Mitglieder zur Verfügung.

[Gregor Wolf]

BGA AKTUELL

Sicherheits- und Gesundheitskultur: BGHW bei neuer Kampagne dabei

„Kommmitmensch“ – dazu laden Berufsgenossenschaften und Unfallkassen mit einer neuen Kampagne ein. Auch die BGHW beteiligt sich an der Aktion, die auf der Fachmesse A+A, der international größten Fachmesse für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, in Düsseldorf offiziell vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Sicherheits- und Gesundheitskultur, die maßgeblich Einfluss auf Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und damit auch auf den Erfolg eines Unternehmens hat.

Sandra Rulinski, Leiterin des Dezernats Gesundheitsschutz bei der BGHW: „In der neuen Kampagne wollen wir einen Schritt weiter gehen: Es soll selbstverständlich werden, im Arbeitsalltag auf Sicherheit und Gesundheit zu achten und diese bei allen Entscheidungen und Handlungen mit zu berücksichtigen. Wir suchen neue Wege, um in Zukunft so gut wie gar keine Arbeitsunfälle oder arbeitsbedingte Erkrankungen mehr zu verzeichnen.“ Die sich wandelnde Arbeitswelt werde in den nächsten Jahren ganz neue Risiken mit sich bringen, die den betrieblichen Alltag beeinflussen können. „Eine Unternehmenskultur, in der Sicherheit und Gesundheit heute schon fest verankert sind, ist die beste Vorbereitung für die Herausforderungen, die vor uns liegen“, ist Rulinski überzeugt.

Eine Unternehmenskultur, in der die aktive Gestaltung gesunder und sicherer Arbeit im Vordergrund steht, erhöht die Sicherheit, fördert die Gesundheit und führt letztlich zu einer Win-win-Situation für Beschäftigte und Arbeitgeber.

Das Medienangebot PegA „Psychische Belastung erfassen – gesunde Arbeit gestalten“ der BGHW unterstützt Unternehmen, Sicherheit und Gesundheit in ihren Betrieben zu optimieren, und bietet speziell für den Einzelhandel umfangreiche Handlungshilfen an.

i Die Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik (BGHW) ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für Unternehmen der Branchen Großhandel, Einzelhandel und Warenverteilung. Sie betreut bundesweit rund 5,5 Millionen Versicherte in rund 400.000 Unternehmen.

i BGHW-Pressemitteilung (Auszug) vom 11. Oktober 2017

»DIREKT AUS BERLIN«

Ausgabe 33 | 2. November 2017 | Jahrgang 22 | Seite 2

GROSSHANDEL

EuroCommerce-Großhandelsveranstaltung am 7. November 2017 in Brüssel

Unter dem Motto „Wholesale in the Age of Change“ findet die traditionelle Großhandels-Veranstaltung von EuroCommerce am 7. November 2017 in Brüssel statt.

Die Veranstaltung wird von EuroCommerce-Präsident Kenneth Bengtsson eröffnet. Den Keynote-Speech wird der Stellvertretende Kabinettschef der Digitalkommissarin Mariya Gabriel, Carl-Christian Buhr, halten. Im Rahmen eines Panels werden der CEO von REXEL Austria, der CEO von Makro Cash and Carry Belgien, ein Managing Director von Walgreens Boots Alliance, die Stellv. Kabinettschefin des Vize-Präsidenten der EU-Kommission Andrus Ansip sowie Brando Benefei, Mitglied des Europäischen Parlaments, über die Zukunftsaussichten und Geschäftsmöglichkeiten des Großhandels in Zeiten politischer, wirtschaftlicher und technologischer Umbrüche diskutieren. EuroCommerce Generaldirektor Christian Verschueren wird das Schlusswort halten.

Die Veranstaltung schließt mit einem Networking-Empfang.

i Das Programm finden Sie unter Termine auf www.bga.de. Anmeldungen bitte direkt bei EuroCommerce an simon@eurocommerce.eu.

[Jan Eggert]

Großhandelspreise im September 2017: + 3,4 Prozent gegenüber September 2016

Die Verkaufspreise im Großhandel lagen im September 2017 um 3,4 Prozent höher als im September 2016. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte die Jahresveränderungsrate im August 2017 bei + 3,2 Prozent und im Juli 2017 bei + 2,2 Prozent gelegen. Im Vormonatsvergleich verteuerten sich die Preise für die auf Großhandelsebene verkauften Waren im September 2017 um 0,6 Prozent.

i DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 16. Oktober 2017

AUSSENWIRTSCHAFT

Jahr 2016: Lebensmittel im Wert von 69,9 Milliarden Euro exportiert

Im Jahr 2016 wurden Lebens- und Genussmittel im Wert von 69,9 Milliarden Euro aus Deutschland exportiert und im Wert von 81,2 Milliarden Euro nach Deutschland importiert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hatten die Exporte der Ernährungswirtschaft einen Anteil von 5,8 Prozent an den deutschen Gesamtausfuhren und die Importe einen Anteil von 8,5 Prozent an den deutschen Einfuhren.

UMWELT & ENERGIE

Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie führt zu weitreichenden Verpflichtungen

Die Novelle der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie beschäftigt den BGA schon seit längerer Zeit. Die EU-Kommission hatte in ihrem Entwurf eine Verpflichtung vorgesehen, dass bei mehr als zehn Parkplätzen jeder zehnte Parkplatz mit einer elektrischen Ladestation versehen werden muss. Am 11. Oktober war der Richtlinienentwurf Thema im Industrieschuss des Europäischen Parlaments, der darüber hinaus nun beschlossen hat, dass jeder zehnte Parkplatz Vorverkabelung oder Rohre für die Kabel aufweisen muss. Problematisch ist allerdings, dass die Mitgliedstaaten zudem festlegen können, wie viele Ladestationen bis 2025 installiert sein müssen. Dies gilt dann auch für den Bestand.

Der Rat hatte hier beschlossen, dass bei Nichtwohngebäuden, die einer umfangreichen Renovierung unterzogen werden, mindestens eine Ladestation und für jeden dritten Parkplatz eine Leitungsinfrastruktur, d. h. Schutzrohre für Elektrokabel, errichtet werden muss. Für KMU können die Mitgliedstaaten Ausnahmen vorsehen.

Aus BGA-Sicht sind aber auch die Verpflichtungen für Heizungen und Kühlung wichtig. Der Kommissionsentwurf hatte darauf verzichtet, dass, wie bisher, die Nutzer Ratschläge für den Austausch der Geräte erhalten statt der regelmäßigen Inspektion oder der Ausrüstung mit einer Gebäudeautomatisierung. Hier hält der Ratsvorschlag an der bisherigen Alternative von Ratschlägen fest. Da die Kommission dies an einem jährlichen Primärenergieverbrauch

von mehr als 250 MWh ansetzt, wären davon viele Großhändler betroffen.

Die Verhandlungen zwischen Kommission, EP und Rat (Trilog) beginnen nun. Der BGA setzt sich für eine handelsfreundliche Position ein. Aus BGA-Sicht kann es nicht die Aufgabe des Handels sein, für eine entsprechende Infrastruktur zu sorgen. Denn gerade der (Groß-)Handel wäre davon betroffen. Der BGA sieht allenfalls bei Neubauten und umfangreichen Renovierungen des Parkplatzes oder der elektrischen Infrastruktur Raum für eine Verpflichtung der Installation von Leerrohren.

[Michael Faber]

AGRAR- & ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

(Never?) ending story – Glyphosat

Die aktuelle Zulassung für das Unkrautbekämpfungsmittel Glyphosat läuft im Dezember 2017 für den EU-Markt aus. Die Debatte über das Für und Wider des Produkts wird zwischen Befürwortern und Gegnern seit über zwei Jahren leidenschaftlich geführt. Eine für die 43. KW in Brüssel geplante Entscheidung wurde vertagt, da sich unter den EU-Mitgliedstaaten weder für noch gegen eine Verlängerung der Zulassung eine ausreichende Mehrheit fand.

Die Europäische Kommission hatte ursprünglich eine Verlängerung für weitere zehn Jahre vorgeschlagen. Da sich dagegen Widerstand abzeichnete, schlug die Kommission vor, die Zulassung um fünf bis sieben Jahre zu verlängern. Im zuständigen EU-Fachausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel wird per qualifizierter Mehrheit entschieden. Nötig sind für einen Beschluss mindestens 16 Mitgliedstaaten, die für 65 Prozent der EU-Bevölkerung stehen. Bisher gibt es keine Mehrheit für oder gegen eine Verlängerung. Die Kommission will nun einen neuen Vorschlag erarbeiten und in wenigen Wochen einen neuen Termin für eine Abstimmung ansetzen. Das Europäische Parlament spricht sich dafür aus, die Zulassung in fünf Jahren endgültig auslaufen zu lassen. Die Bundesregierung hat sich zu dieser Frage bislang enthalten. Das BMEL ist für eine Verlängerung, das BMUB dagegen. Auch in der geplanten Jamaika-Koalition dürfte eine einhellige Meinung der neuen Bundesregierung schwierig werden. Die Grünen lehnen Glyphosat ab.

Findet sich unter den Mitgliedstaaten bis zum 15. Dezember 2017 keine Mehrheit für eine Entscheidung, kann die Kommission auch alleine entscheiden. Das versucht sie jedoch mit allen Mitteln zu vermeiden, um nicht gegebenenfalls den schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen.

Hintergrund: Der Streit um Glyphosat entzündet sich zum einen an der Frage, ob das Mittel für den Menschen krebserregend ist. Die International Research Agency on Cancer (IARC), ein zur WHO gehörendes Gremium, stufte das Erzeugnis Anfang 2015 als „für den Menschen wahrscheinlich krebserregend“ ein. Das Urteil der IARC beruht ausschließlich auf einer Gefahreinstufung und nicht auf einer quantitativen Gesundheitsrisiko-Abschätzung anhand möglicher menschlicher Exposition. Die europäischen Behörden EFSA und ECHA sowie das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erklären Glyphosat bei richtiger Anwendung als für den Menschen unbedenklich. Zum anderen wird das Produkt von Kritikern auch für das Artensterben verantwortlich gemacht. Der BGA spricht sich dafür aus, entsprechende Entscheidungen wissenschaftsbasiert und nicht von Emotionen geleitet zu treffen.

[Sebastian Werren]

VERKEHR

Zeitplan für das EU-Road Package

Die EU-Abgeordneten wollen das sogenannte Road Package bis Frühjahr 2019 bearbeiten. Die Mitglieder des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament sind sich über den groben Zeitplan für das umfangreiche Verordnungspaket, das den Markt- und Berufszugang für Kraftverkehrsunternehmen neu regelt, einig. Sie planen, länder- und fraktionsübergreifend ihre Arbeit so zu beenden, dass das Parlament noch in dieser Legislaturperiode über das Gesetzespaket abstimmen kann.

[Meike Tilsner]

Nachrüstung von 5,3 Millionen Fahrzeugen vereinbart

Im Rahmen des Nationalen Forums Diesel wurde die Nachrüstung von 5,3 Millionen Fahrzeugen der Hersteller Audi, BMW, Dacia, Daimler, Fiat, Opel, Porsche, Renault, Seat, Skoda, Suzuki und VW beschlossen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Frak-

tion Die Linke hervor. Demnach könnten Details zu einzelnen Fahrzeugen erst mitgeteilt werden, wenn die Hersteller konkrete Anträge zur Freigabe der Software-Updates für die Nachrüstung beim Kraftfahrt-Bundesamt gestellt haben. Bund, Länder und Automobilindustrie hätten sich auf dem Nationalen Forum Diesel auf verschiedene Maßnahmen verständigt, die in vier Expertenrunden fortgeschrieben und konkretisiert würden. Die beteiligten Hersteller hätten demnach die Einhaltung der Vereinbarungen „verbindlich zugesagt“.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Man kann auf der ganzen Welt keine Unternehmen finden, die auch nur annähernd vergleichbare Fähigkeiten haben.«

Tim Cook, Apple-Chef über deutsche Unternehmen. Er schätzt vor allem die deutschen handwerklichen Fähigkeiten und Ingenieurskunst.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg,
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 1. November 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich